Die Antwortnote.

Berlin, 14. Aug. Wie verlautet, soll der auswärtige Ausschuß des Reichstags zwischen dem 18. und 22. August zur Besprechung der Antwortnote über den Sicherheitspakt einberufen werden.

London, 14. Aug. In der Sitzung des Kabinettsrats, in der Chamberlain über die Besprechungen mit Briand Bericht erstattete, wurde ein freundliches Schreiben Chamberlains an Briand beschlossen, in welchem der englische Außenminister noch einmal das gute englisch-französische Einvernehmen in der Sicherheitsfrage und Englands Zustimmung zur französischen Antwortnote an Deutschland feststellt. Die Note, die 1500 Worte enthält, soll in der nächsten Woche dem deutschen Reichskanzler überreicht werden.

Paris, 14. Aug. Im Ministerrat hat Briand den Wortlaut der Antwortnote an Deutschland unterbreitet. Der Kabinettsrat hat dem Außenminister einstimmig seinen Dank für das in London erreichte Ergebnis ausgesprochen.

Paris, 14. Aug. Briand überreichte heute der belgischen und der italienischen Regierung den französischen Antwortentwurf an Deutschland. Briand reiste dann in die Bretagne, wo er einen Erholungsaufenthalt von einigen Tagen nehmen wird.

Paris, 14. Aug. Außenminister Briand verhandelte mit dem in Paris anwesenden polnischen Außenminister Skrzynski, den der hiesige polnische Botschafter begleitete. Briand gab ihm Kenntnis von der Note, die an die deutsche Regierung gerichtet werden soll.

* * *

Die unmöglichen Ostgrenzen.

Neuyork, 14. Aug. In der amerikanischen Presse bilden heute die Londoner Verhandlungen den Mittelpunkt der Betrachtungen. Die „World" stellt fest, daß der Erfolg jeglicher Abmachung jetzt und in den nächsten Jahren lediglich ein Kompromiß bedeute; eine endgültige Abmachung könne erst getroffen werden, wenn Rußland und Deutschland wirtschaftlich wiederhergestellt seien und wenn Frankreich nicht mehr die überragende Machtstellung auf dem Kontinent besitze. Die zu lösenden Kardinalfragen lägen im Osten, in der polnischen, rumänischen und ungarischen Grenzregelung. Die dortige Grenzfestsetzung, die durchaus künstlich sei, wäre nur nach Deutschlands und Rußlands Zusammenbruch möglich gewesen. Deutschland könne nur eine Politik verfolgen, die auf eine Revision seiner Ostgrenzen hinausliefe; es ginge dabei bis an die Grenze des Möglichen, wenn es erkläre, daß es keine Ostrevision durch einen Krieg suche. Kein deutscher Staatsmann könne mehr unterschreiben; es sei daher billig, nicht mehr von Deutschland zu verlangen. Kein Vertrag könne die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Lage im Osten so lange ungeregelt bleibe, bis Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrages befreit sei, bis Rußland wieder in die Gemeinschaft der europäischen Völker aufgenommen und Frankreichs Vorherrschaft auf dem Kontinent nicht mehr bestehe. Bis dahin gäbe es in Europa wohl einen Waffenstillstand, aber keinen Frieden.

Das ausgeplünderte Bochum.

Berlin, 14. Aug. Wie die Franzosen in den deutschen Städten gehaust haben, die sie vor kurzem räumten, das spottet vielfach jeder Beschreibung. Noch nicht einmal eins der ärgsten Beispiele hierfür sind die Verhältnisse in Bochum. Bochum hatte infolge seiner zentralen Lage im Ruhrgebiet beim Einmarsch der Franzosen eine starke Besatzung erhalten. Nach der Bilanz, die nach dem Abzuge der Franzosen nun der Besatzungsausschuß der Stadt gezogen hat, sind auf direkte Maßnahme der Besatzung neun Todesfälle zurückzuführen. Außerdem sind durch die Schikanen der Franzosen über 100 Personen verletzt bzw. gesundheitlich geschädigt worden. Der Gesamtschaden, den die Stadt durch die Besatzung erlitten hat, wird auf 6½ Millionen Mark beziffert. Mitgenommen aus der Stadt haben die Franzosen 50 komplette Schlafzimmer, 14 komplette Küchen, 18 Eßzimmerbüfetts, drei komplette Speisezimmer. Außerdem Küchenbüfett und Anrichten, 52 Tische, 14 Schränke, 105 Stühle, 100 eiserne Waschkessel, 100 Gasherde, 120 Kochherde, 35 Oefen, 240 Bettstellen, 28 Waschkommoden, 15 Kleiderschränke, 20 Nachtkonsolen, 30 Fahrräder, außerdem Schreibtische, Klubsessel, Polstersessel, Badewannen, Waschgarnituren, große Bestände an Wäsche, Wolldecken, Küchengeräte, Bureaugegenstände usw.

*

Die Räumung Düsseldorfs.

Düsseldorf, 14. Aug. Nach einer amtlichen Mitteilung des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungsarmee an den Regierungspräsidenten hat die französische und belgische Regierung beschlossen, die Brückenköpfe Düsseldorf und Duisburg zu räumen. Die Räumung wird am 25. August 1925 um Mitternacht vollständig beendet sein. Die Grenze des besetzten Gebietes im Norden des Brückenkopfs wird in diesem Augenblick wieder an den Rhein zurückverlegt.

* * *

Französische Gewalturteile.

Landau, 14. Aug. Gestern nachmittag fand vor dem hiesigen französischen Kriegsgericht die Verhandlung gegen die seinerzeit wegen Zugehörigkeit zu dem im besetzten Gebiet verbotenen Wikingbund verhafteten vier jungen Leute aus Ludwigshafen statt. Die Angeklagten gaben ihre Zugehörigkeit zum Wikingbund zu, bestritten aber, die Satzungen und Ziele des Bundes gekannt zu haben. Sie hätten lediglich gewußt, daß der Bund den Kommunismus und das Reichsbanner bekämpfe. Das Urteil lautet auf Gefängnisstrafen von 3—7 Monaten und Geldstrafen von 200—1500 Mk.

Mainz, 14. Aug. Der Oberbelegierte in der Provinz Rheinhessen ordnete die Beschlagnahme des Musikstückes „O Deutschland hoch in Ehren" an, da es geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu stören.

* * *

Die deutsch-französische Grenze.

Paris, 14. Aug. Der am 13. April d. J. paragraphierte Vertrag über die Festsetzung der deutsch-französischen Grenze ist heute nachmittag in Paris von dem deutschen Botschafter von Hösch, dem wirklichen Legationsrat Freiherrn von Grünau, sowie von dem Direktor der wirtschaftlichen und politischen Abteilung im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, de Laroche, unterzeichnet worden. Der Vertrag enthält das Ergebnis der von den Grenzkommissionen vorgenommenen Vermessungs- und Gemarkungsarbeiten und sieht zur Verhütung von Grenzzwischenfällen genaue Vorschriften für die Unterhaltung der Grenze vor.

Die Wirtschaftslage des Handwerks.

Berlin, 14. Aug. Der neue Reichskommissar für Handwerk und Kleingewerbe, Ministerialrat Dr. Hoppe, hat sich über seine Aufgaben folgendermaßen geäußert: Die wirtschaftliche Lage des Handwerks hat sich durch die Kriegs- und Nachkriegszeit gegenüber den Verhältnissen der übrigen Erwerbsstände besonders verschlechtert. Allgemein wird als nötig anerkannt, daß es erforderlich ist, durch Schaffung einer festen Organisation und durch Festigung seines Kreditwesens dem deutschen Handwerk wieder die Möglichkeit zu geben, seinen Platz als wirtschaftlich notwendige Stütze im Produktionsprozeß auszufüllen. Dem jungen Nachwuchs muß die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit der Mangel an Facharbeitern, der sich bereits jetzt geltend macht, nicht noch größer werde. Der Reichskommissar hat die Aufgabe, die Handwerkerfragen mit allen Reichsressorts eingehend zu behandeln. In seinen Arbeiten wird er durch einen Ausschuß Unterstützung finden. Ein Stab von hervorragenden Vertrauensleuten des Handwerks und des Kleingewerbes wird ihm zur Seite gestellt werden und regelmäßig zusammenkommen, um Anregungen zu geben und den Reichskommissar in schwierigen Fällen zu beraten. In Fällen, die zum Arbeitsgebiet anderer Reichsministerien gehören, wird der Ausschuß von diesen einberufen und der Reichskommissar beteiligt werden. Somit erhält sowohl der Ausschuß wie der Reichskommissar einen Ueberblick über alle das Handwerk interessierenden Fragen innerhalb der Reichsregierung.

Nachspiel im Reichsrat.

Berlin, 14. Aug. Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit den vom Reichstag verabschiedeten Gesetzen. Ueberall wurde von den Beschlüssen des Reichstags Kenntnis genommen, ohne Einspruch zu erheben. Dies gilt insbesondere auch von der Amnestievorlage und der Zollvorlage. Zur Zollvorlage erklärte der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer, es müsse bezweifelt werden, daß das Gesetz die verfassungsmäßige Mehrheit im Reichstag gefunden hat. Hiernach sei Sachsen nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen. Der Vertreter der Provinz Sachsen, Oberpräsident Hörsing, führte aus, die Vorlage sei ungesetzlich zustande gekommen, darum stimme er dagegen. Darauf erklärte Staatssekretär Zweigert: Ich darf namens der Reichsregierung kurz erklären, daß diese bereits im Ausschuß des Reichstags und auch des Reichsrats den Standpunkt eingenommen hat, daß an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes nicht gezweifelt werden kann. Der Vorsitzende stellte dann fest, daß der Reichsrat mit Mehrheitsbeschluß von den Beschlüssen des Reichstags zur Zollvorlage Kenntnis nehme, ohne Einspruch zu erheben.

Folgen der Stinnes-Liquidation.

Berlin, 14. Aug. Der Betriebsrat der Aktiengesellschaft für Automobilbau in Berlin-Lichtenberg (A. G. A.), ein Stinnes-Unternehmen, das bei der Erbregelung an Edmund Stinnes fiel, veröffentlicht heute morgen einen Alarmruf, weil im Anschluß an die Stinnes-Liquidation die von den Banken zur Fortführung des Betriebes notwendigen Kredite gesperrt worden sind. Das Werk arbeitet rentabel, und sein unnötiger Zusammenbruch müßte Tausende von Arbeiterfamilien brotlos machen. Gegenwärtig ist die A. G. A. nicht einmal in der Lage, die Löhne in voller Höhe auszuzahlen, doch finden Verhandlungen bei einer Großbank statt, um den notwendigen Betrag von etwa einer halben Million Mark zu erhalten.

Kündigung von Lohntarifen in der schlesischen Metallindustrie.

Breslau, 14. Aug. Der Lohntarif für die Betriebe des Verbandes schlesischer Metallindustrieller e. V. und des Schlesischen Verbandes des Metallgewerbes, der im Mai d. J. nach Abschluß eines mehrwöchigen Wirtschaftskampfes in Verbindung mit einer Verlängerung des bisherigen Manteltarifvertrages erhebliche Lohnzulagen brachte, ist von den Gewerkschaften zum 15. August gekündigt worden. Für den Neuabschluß des Lohntarifs wird von den Gewerkschaften eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenverdienstes von 25 Prozent für den Handwerker, 50 Prozent für den ungelernten Arbeiter und von 60 Prozent für die Arbeiterin gefordert. Auch in der niederschlesischen Metallindustrie ist zum gleichen Termin der Lohntarif aufgekündigt und seitens der Gewerkschaften sind im wesentlichen dieselben Forderungen gestellt worden, sodaß in den bevorstehenden Verhandlungen eine Verständigung für etwa 30 000 Metallarbeiter gesucht werden soll, abgesehen von denjenigen Industriegruppen, die im wesentlichen in der Lohngestaltung von dem Verhandlungsergebnis der Metallindustrie abhängen.

Spitzbergen norwegisches Gebiet.

Oslo, 14. Aug. Die offizielle Uebernahme von Svalbard (Spitzbergen) durch Norwegen fand heute mittag in Long-Year-City (Adventdal) statt. Der norwegische Justizminister verlas eine königliche Bekanntmachung wegen der Uebernahme des Landes und erklärte dann, Svalbard sei nunmehr norwegisches Gebiet. Der Bürochef im Justizministerium Lassen habe den Posten als Amtsmann von Svalbard übernommen. Ganz Norwegen hat geflaggt. Alle Festungen feuerten in der Mittagszeit Salut. Eine Reihe von Chefs der ausländischen diplomatischen Vertretungen sprachen der norwegischen Regierung die Glückwünsche ihrer Regierungen aus.

Berlin, 14. Aug. Der Reichspräsident, der gestern nachmittag gegen 5 Uhr in Dietramzell auf dem Schloßgut der Familie von Schlieben zum Sommeraufenthalt eingetroffen ist, wird in den nächsten Tagen zur Jagd ins Hochgebirge aufbrechen. Für den Tag der Rückreise ist der 9. September vorgesehen. Sie wird voraussichtlich über Lichtenfels erfolgen. Man erwartet, daß Hindenburg in Staffelstein, wo er Verwandte hat, einen kurzen Besuch abstatten wird.

Berlin, 14. Aug. Der „Tag" meldet auf Grund offizieller Nachrichten, daß beim Zusammenstoß zwischen Schutzpolizei und Kommunisten von der Polizei nur Schreckschüsse abgegeben wurden, daß dagegen aus der Menge heraus scharfe Schüsse fielen. Danach muß der erschossene Kommunist von den Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes, seinen Parteigenossen also, erschossen worden sein.

Wien, 14. Aug. Nach einer ruhig verlaufenen Versammlung der nationalsozialistischen Partei kam es zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern. Die Sicherheitswache schritt ein und stellte die Ordnung wieder her. Eine größere Anzahl Personen wurde festgenommen.

Die Lage in Marokko.

Paris, 14. Aug. Ueber die militärische Lage an der Marokkofront gibt der Bericht aus Fez vom 13. August folgende Darstellung: Die im Frontabschnitt von Wessan unternommene Operation stellt einen politischen und wirtschaftlichen Erfolg von großer Tragweite dar. Dadurch sind die Stämme und Kolonien dieser Gegend, die durch die feindlichen Einbrüche schwer gelitten haben, beruhigt worden. Zu gleicher Zeit haben sich die Aufständischen des Sarsargebietes unterworfen. Auch die aufständischen Al Scherif seien nach Arbaua gekommen, um sich ebenfalls zu unterwerfen. Die französischen Truppen hätten dem flüchtenden Feind schwere Verluste beigebracht. Das Flugzeuggeschwader habe 28 Bombardements vorgenommen. Durch die Vereinigung mit den Spaniern sei es gelungen, das offene Tor zwischen den französischen Stellungen von Situna einerseits und zwischen den ersten spanischen Posten andererseits zu verriegeln. Die Verfolgung der Dissidenten sei im Laufe des Vormittags fortgesetzt worden. Die französischen Truppen seien im Sarsargebiet bis auf drei Kilometer nördlich von Medrun eingedrungen. Die Herden würden in aller Eile nach Norden getrieben. Im mittleren und östlichen Frontabschnitt herrscht Ruhe. In einigen Gegenden, besonders von Bab Tasar und Hochleben, wurden feindliche Ansammlungen gemeldet, die von französischen Flugzeugen stark mit Bomben beworfen wurden.

London, 14. Aug. „Times" melden aus Tanger: Die Alhucemas-Bucht, in deren Nähe Abd el Krims Hauptquartier gelegen ist, wird jetzt stark befestigt. Die Rifkabylen stellten dort von den Spaniern und den Franzosen erbeutete Geschütze auf und bauten ein regelrechtes System von Schützengräben und sonstigen Befestigungen. Die Spanier sind überzeugt, daß jeder Versuch, an dieser Stelle zu landen, von ernsten Schwierigkeiten begleitet sein würde. Der Berichterstatter fügt hinzu, daß aus diesen Gründen ein Angriff Spaniens an dieser Stelle unwahrscheinlich sei.

Madrid, 14. Aug. Die gemeinsamen Operationen der französischen und spanischen Streitkräfte in Marokko haben bei Larrasch ihren Anfang genommen. Mit der Einnahme von Amezu durch die Franzosen ist die unmittelbare Verbindung mit den Spaniern hergestellt worden. Aus diesem Anlaß erhielten Painleve die Kette des Ordens Karls III., Admiral Magaz das Großkreuz der Französischen Ehrenlegion.

*

Painleve über Marokko.

Paris, 14. Aug. Ministerpräsident Painleve erklärte Pressevertretern, Abd el Krim könne aus den französisch-spanischen Friedensbedingungen den Willen Frankreichs erkennen, den Rifstämmen und den Dscheballas die verwaltungstechnische, wirtschaftliche und politische Selbstverwaltung zu verbürgen, d. h. unter dem Vorbehalt, daß die Souveränität der Sultanherrschaft und des Kalifats anerkannt würden. Aber Abd el Krim verlange, daß vor jeder Verhandlung erst einmal die Anerkennung der vollkommenen Unabhängigkeit der Rifgebiete erfolge, eine Bedingung, deren Annahme die ganze Marokkofrage in gefährlicher Weise wieder aufrollen würde. Frankreich sei bis zur Grenze des Möglichen gegangen, um in Marokko den Frieden herbeizuführen. Sache der Rifleute sei es jetzt, zwischen Krieg und Frieden zu wählen.

*

Meuterei an Bord eines französischen Kriegsschiffes?

Paris, 14. August. Nach einer englischen Zeitung brach an Bord des französischen Avisos Montmirail, der zu dem französischen Geschwader an der französischen Marokkoküste gehört, eine Meuterei aus. Havas wurde im Marineministerium erklärt, daß die ständigen Berichte, die von dort kommen, keine derartige Tatsache melden.

Die Franzosen verlassen Damaskus.

London, 14. Aug. „Daily News" zufolge ist die Lage im Dschebel Hauran ernst. Die französischen Truppen werden aus Damaskus zurückgezogen. Die Drusen sollen über 20 000 bewaffnete Männer verfügen, und durch Araber und Beduinen verstärkt sein. In Damaskus selbst herrscht große Beunruhigung. Proklamationen, in denen zu einem Aufstand aufgefordert wird, wurden im geheimen verteilt.

Paris, 14. Aug. Havas dementiert eine aus englischer Quelle stammende Nachricht, wonach die Lage in Hauran sehr ernst und ein Aufstand der verschiedenen Stämme zu befürchten sei. Nach der gleichen Nachricht sollen Senegaltruppen bei der Ankunft in Beirut gemeutert haben.

Berlin, 14. Aug. Zu Ehren ihrer spanischen Kollegen veranstalteten heute abend alle medizinwissenschaftlichen Vereinigungen Berlins eine Festsetzung im Langenbeck-Virchow-Hause. Prof. Rosell-Barcelona führte aus, Spanien habe seiner Zuneigung für Deutschland insbesondere während des Krieges Ausdruck geben können. Nach dem Kriege habe man die gegenseitigen Beziehungen, insbesondere auch die wissenschaftlichen, noch lebhafter gestaltet und ein Zusammenarbeiten geschaffen, das den beiden Völkern und schließlich der ganzen Welt zugute kommen werde. Am Schluß dieser Rede überreichte Prof. Sennhof an Dr. Rosell die Urkunde als Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für ärztliche Studienreisen.

Paris, 14. Aug. Das belgische Königspaar wird Belgien in 14 Tagen verlassen und eine Fahrt nach Englisch-Indien antreten. Es wird nicht vor Oktober zurückkehren.

London, 14. Aug. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook erklärte einem Pressevertreter, der Einfluß von Leuten, wie des Herzogs von Northumberland, des Lords Londonderry u. a. mehr müsse jetzt endlich gebrochen werden. Cook betonte, daß die Regierung gegen die britischen „Fascisten" vorgehen müsse, die gegen Gewerkschaftsführer Drohungen ausgestoßen hätten. Derartige Drohungen könnten nur die Bildung ähnlicher Organisationen in der arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben und müßten ernstliche Zusammenstöße, möglicherweise den Bürgerkrieg, verursachen.

London, 14. Aug. In der Woll- und Tuchindustrie wurde ein Abkommen erzielt, das zur Wiederaufnahme der Arbeit zu den früheren Lohnbedingungen führte.

Oertliche Angelegenheiten.

* **Der Landesverband der Juweliere, Gold- und Silberschmiede** tagte in Bautzen unter Vorsitz des Obermeisters Gäbler-Dresden. Nach Erledigung des Geschäftsberichts, des Kassenberichts, der Neuwahlen hielt Direktor Altmann vom Reichsverband Deutscher Juweliere einen Vortrag über wichtige Wirtschafts-, Steuer- und Gesetzesfragen.